

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

50 Jahre

Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.

Märkte entwickeln, Wohlstand schaffen, Armut reduzieren, Verantwortung übernehmen – Die Wirtschaft als Partner der Entwicklungspolitik

Politisches Eckpunkte-Papier zur Kooperation mit der Wirtschaft



Thesen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit

- **Eine prosperierende Wirtschaft ist der Grundbaustein für Wachstum und Wohlstand.** Sie ist für unsere Partnerländer Voraussetzung, um sich von Abhängigkeit zu befreien und aus eigener Kraft eine bessere Zukunft zu gestalten. Das BMZ sieht nachhaltige Wirtschaftsentwicklung deshalb als einen Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Kooperation.
- **Die Stärkung der Produktivität lokaler Unternehmen, privatwirtschaftliche Investitionen und verantwortungsvolles unternehmerisches Engagement sind Schlüssel für höheres Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern.** Das BMZ stellt diese Themen in den Fokus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit seinen Partnerländern.
- **Damit Wirtschaftswachstum armutsreduzierend wirkt und nicht auf Kosten der kommenden Generationen geschieht, muss es gleichzeitig wirtschaftlich, sozial und auch ökologisch nachhaltig ausgestaltet sein.** Deshalb orientiert sich das BMZ am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Die soziale Marktwirtschaft ist für die Wirtschaftsförderung des BMZ dabei der ordnungspolitische Orientierungspunkt.
- **Staatliche Entwicklungszusammenarbeit kann auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement einwirken und damit zur Gestaltung von vitalen, attraktiven und fairen Wirtschaftsräumen in Entwicklungsländern beitragen.** Das BMZ hebt daher die Stärkung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen als Handlungsfeld hervor, insb. durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und eines besseren Geschäfts- und Investitionsklimas.
- **Entwicklungskooperation trägt dazu bei, Entwicklungsländern Perspektiven für eine bessere und faire Einbindung in globale Märkte zu bieten.** Hierfür ist die weitere Eröffnung von Marktzugängen für Entwicklungsländer, gleichzeitig aber auch die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Exportfähigkeit der dortigen Unternehmen, nötig. Zudem spielt die Steigerung grenzübergreifender Investitionen, die sowohl Arbeitsplätze als auch Ausbildungsplätze schaffen, eine wichtige Rolle, denn diese sorgen mit dafür, dass eine Wertschöpfung in Entwicklungsländern stattfindet.
- **Staatliche Entwicklungszusammenarbeit allein kann diese Ziele nicht erreichen. Vielmehr bedarf es privatwirtschaftlichen Engagements.** Wir wollen zusammen mit der Wirtschaft in unseren Partnerländern, aber auch international, insb. mit der deutschen Wirtschaft, für mehr Wohlstand in unseren Partnerländern sorgen und unseren gemeinsamen Beitrag zum obersten Ziel des BMZ maximieren: Der Reduktion von Armut.

Das vorliegende Strategiepapier dient als Richtschnur für die deutsche Entwicklungspolitik im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Strategie vertieft die oben stehenden Thesen und manifestiert sich in sechs Prioritätsfeldern, vom Aufbau verlässlicher nationaler wie auch internationaler Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln, der Erschließung neuer Märkte, der Stärkung der Kommunikation und Kooperation mit der Wirtschaft, bis zum Auf- und Ausbau neuer Instrumente zur Einbindung der Wirtschaft und Stärkung der Innovationssysteme vor Ort, sowie zur Förderung von Fachkräften-, Wissens- und Know-How-Transfer.

1. Nachhaltige Entwicklung braucht Wachstum!

Wirtschaftliche Entwicklung ist Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Ein Wirtschaftswachstum, das alle Teile der Bevölkerung erreicht, muss deshalb das Kernelement jeder Armutsreduzierungsstrategie sein. Unsere eigenen Erfahrungen sind hierfür der beste Beweis, das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre sei hier nur als ein Beispiel genannt.

Auch in Entwicklungsländern ist eine erfolgreiche Wirtschaft wichtig, um aus eigener Kraft und in Eigenverantwortung eine bessere Zukunft zu gestalten. Unsere Erfahrungen zeigen aber auch hier: Wirtschaftliche Entwicklung kann nicht staatlich verordnet werden. Eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik, nachhaltiges Wachstum und bessere Lebensbedingungen sind privatwirtschaftliche Investitionen und verantwortungsvolles unternehmerisches Engagement sowie gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte. Nachhaltige Entwicklungsprozesse müssen aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstehen und von ihr getragen sein, damit sie einen größtmöglichen Effekt auf breitenwirksames Wachstum und Wohlstand haben. Das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist deshalb, wirtschaftliche Rahmenbedingungen in unseren Partnerländern so zu fördern, dass das **wirtschaftliche Potenzial des Landes, der Gesellschaft, und des Einzelnen/der Einzelnen** freigesetzt wird. Die **Privatwirtschaft** in unseren Partnerländern gehört daher zu unseren wichtigsten Entwicklungspartnern.

Wir rufen aber auch die internationale, insbesondere die deutsche Wirtschaft auf, mit uns am Ziel weltweiter Entwicklung zu arbeiten. Die dort vorhandene Expertise, Innovationskraft, Kreativität, das Kapital und auch das Wertebewusstsein sind wichtige Bausteine, um nachhaltig und breitenwirksam Wachstum in unseren Partnerländern zu schaffen und somit einen substantiellen Beitrag zur Ar-

mutsbekämpfung zu leisten. Das BMZ setzt deshalb auf die Verbesserung der Möglichkeiten für mehr wirtschaftliches Engagement für Entwicklung, vom Mittelständler bis zum Großunternehmen. Der **beiderseitige Nutzen** steht dabei im Mittelpunkt ("win-win").

Um Wirtschaftsentwicklung in unseren Partnerländern und Kooperation mit der Wirtschaft künftig intensiver zu fördern werden wir verstärkt

- **internationale Rahmenbedingungen für mehr Handel, Investitionen und intensivere Wirtschaftsbeziehungen verbessern, gute Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum in Partnerländern schaffen, insb. Rechtsstaatlichkeit und Investitionsklima**
- **zur Erschließung neuer Märkte beitragen,**
- **den direkten Dialog und die Kooperation mit der Wirtschaft intensivieren,**
- **neue Instrumente zur Einbindung der Wirtschaft voranbringen und Innovationssysteme vor Ort stärken und**
- **Fachkräfte für die Wirtschaft aus- und fortbilden; Wissen und Know-How transferieren.**

Die **politische Koordinierung** wirtschaftlichen Engagements in Entwicklungs- und Schwellenländern innerhalb der Bundesregierung und mit internationalen Partnern ist für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft von großer Bedeutung. Daher wurde zwischen den Bundesministerien für die außenwirtschafts- und entwicklungspolitisch relevanten Bereiche eine neue Ressortabstimmung vereinbart. Neben der Abstimmung der Politikbereiche identifizieren die Ressorts gemeinsam ressortübergreifende Projekte in Entwicklungsländern.

2. Wie BMZ und Wirtschaft gemeinsam Verantwortung übernehmen können

Das BMZ steht für die Förderung der wirtschaftlichen Befähigung der Menschen in Entwicklungsländern. Um dieses Ziel zu erreichen setzen wir auf eine intensive Kooperation mit der Wirtschaft. Wir erweitern unser Angebot, vertiefen den Dialog und stimmen uns noch intensiver ab, um Wirtschaftsakteuren die Möglichkeit zu bieten, gemeinsam mit uns mehr Verantwortung für nachhaltige Entwicklung in unseren Partnerländern zu übernehmen. Dafür ist es wichtig, die richtigen Voraussetzungen für eine nachhaltige privatwirtschaftliche Betätigung sicherzustellen: die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen (Rechtssicherheit, gute Regierungsführung etc.) schaffen hierfür Anreize.

Wir arbeiten vor Ort an besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, fördern die lokale Wirt-

2.1. INTERNATIONALE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR MEHR HANDEL, INVESTITIONEN UND INTENSIVERE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN VERBESSERN

Im Rahmen der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit ("Aid for Trade") stärken wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Exportfähigkeit der Unternehmen in unseren Partnerländern und unterstützen handelsrelevante Institutionen (Regionalorganisationen, Ministerien, Kammern, Verbände, Exportförderagenturen, Finanzdienstleister) dabei, die Voraussetzungen für verbesserte Angebots- und Exportkapazitäten zu schaffen, Handels- und Investitionsfördermaßnahmen anzubieten und für Unternehmen ein angemessenes Dienstleistungsangebot bereit zu stellen.

Gerade dort, wo Binnenmärkte noch sehr klein sind, tragen wir durch die Förderung regionaler wirtschaftlicher Integration, den Ausbau der großen Ver-

schaft, tragen zur arbeitsmarktorientierten Ausbildung der Fach- und Führungskräfte bei, entwickeln lokale und regionale Märkte und verbinden dies mit einem erweiterten Instrumentarium zur Einbindung deutscher und internationaler Unternehmen, um Corporate Social Responsibility (CSR) entwicklungspolitisch in Wert zu setzen.

Aus diesem Engagement für Entwicklung entstehen auch in Deutschland viele Vorteile. Forschungsergebnissen zufolge werden durch die Entwicklungszusammenarbeit 240.000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Zwei Drittel des BMZ Haushalts von circa 6,2 Mrd. Euro werden investiv eingesetzt. Jeder Euro, den wir in die Wirtschaften unserer Partnerländer investieren, bewirkt darüber hinausgehende Rückflüsse und Erträge in Deutschland. Das sind positive Nebeneffekte unserer Entwicklungspolitik.

kehrskorridore in Afrika und Asien und die Vereinfachung von Grenzformalitäten zu wirtschaftlicher Entwicklung bei. Dadurch werden Wirtschaftsräume vergrößert, neue, bisher ungenutzte Absatzmärkte werden erschlossen und darin arbeitsteilig regionale Wertschöpfung wird vorangebracht. Von diesen Handelserleichterungen kann die deutsche Wirtschaft doppelt profitieren: von den besseren Handelsbedingungen auf dem afrikanischen Kontinent für deutsche Exporte – und von den verlässlicheren und günstigeren Zulieferungen aus den Partnerländern. Gleichzeitig setzen wir uns für einen zügigen entwicklungsorientierten Abschluss der aktuellen WTO-Verhandlungsrunde ein.

Freiwillige Standardinitiativen haben sich als wirkungsvolles Instrument zur Verbesserung der Produktions- und Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter in Unternehmen und deren Zulieferbetrieben erwiesen. Das BMZ fördert daher Initiativen zur Erarbeitung, Umsetzung und Verbreitung von

Standardinitiativen, beispielsweise im Kaffee- und Textilsektor. Das BMZ setzt sich ebenfalls für eine nachhaltige Beschaffung in Deutschland und der Europäischen Union ein, um die Nachfrage nach nachhaltig produzierten Gütern unter anderem aus Entwicklungsländern zu erhöhen.

2.2. RECHTSSTAATLICHKEIT UND INVESTITIONSKLIMA: ZENTRALE ELEMENTE IN DER SCHAFFUNG GÜNSTIGER NATIONALER RAHMENBEDINGUNGEN FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM

Wir machen uns stark für ein besseres **Geschäfts- und Investitionsklima** und faire Bedingungen für unternehmerisches Engagement in unseren Partnerländern. Damit schaffen wir die Grundlagen für wirtschaftliches Engagement, auch deutscher Unternehmen. Wir beraten werteorientiert den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen nach dem Vorbild der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft¹ und stärken wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, stabile Finanzsysteme einschließlich Mikrofinanzierung², Rechtssicherheit, gute Regierungsführung sowie transparente Auftragsvergabe und Steuersysteme.

Im Fokus steht die Senkung der Transaktionskosten unternehmerischer Initiativen („costs of doing business“) und die Erhöhung der Anreize für Unternehmensgründungen, Geschäftsausweitung und Investitionen, auch für ausländische Investoren. Wir setzen uns für die Förderung von verantwortlichem unternehmerischem Handeln (CSR), die Stärkung der Innovationskraft der lokalen Wirtschaft und die

Qualifizierung von Fachkräften ein. Damit stärkt das BMZ nicht nur die Wirtschaft vor Ort. Im Sinne eines echten Win-Wins bauen wir damit auch potenzielle Zulieferer und Geschäftspartner der deutschen Wirtschaft von morgen auf. Dies verbinden wir mit einem intensiven Engagement zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in unseren Partnerländern. **Rechtsstaatlichkeit** ist für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg, aber auch für die gerechte Verteilung von Wohlstand notwendig.

Ein verlässliches Rechts- und Justizsystem vermindert Unsicherheiten und die damit verbundenen Investitionsrisiken. Transparente, berechenbare rechtliche Rahmenbedingungen sind die Grundlage für intensive wirtschaftliche Aktivität, Investitionen und Wachstum. Im Hinblick auf die notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der ökonomischen Situation der Entwicklungsländer kann Rechtsstaatlichkeit zur Transparenz staatlichen Handelns beitragen, z.B. durch Begründungspflichten, Anhörungs- und Akteneinsichtsrechte. Diese Transparenz ist, neben der den rechtsstaatlichen Strukturen inhärenten Rechtssicherheit, Voraussetzung für die von wirtschaftlichen Akteuren immer wieder eingeforderten Planungssicherheit.

Im Mittelpunkt steht dabei der Ausschluss von staatlicher Willkür gegenüber allen Akteuren des Wirtschaftslebens, sei es im Hinblick auf Investitionsschutz für ausländische Unternehmen oder auch ganz allgemein in Bezug auf die alltägliche Teilnahme am Wirtschaftsleben von nationalen kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Nicht nur wird regelgeleitetes Verhalten als Ausdruck einer im internationalen Wirtschaftsverkehr unerlässlichen Verlässlichkeit angesehen. Das Vorhandensein eines nationalen Wirtschaftsverwaltungsrechts ist häufig Voraussetzung für die Inanspruchnahme entwicklungsländerspezifischer

¹ Vgl. BMZ Konzept „Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der deutschen Entwicklungspolitik“, Juli 2007, www.bmz.de.

² Vgl. BMZ „Mit Mikrofinanzierung aus der Armut: Der deutsche Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger Finanzsysteme“, Oktober 2008, www.bmz.de.

Spielräume in multilateralen Regelwerken. **Menschenrechte** sind ein zentraler Wert deutscher Politik und Leitprinzip der Entwicklungspolitik. Ihre systematische Umsetzung in allen Partnerländern (sog. Menschenrechtsansatz) trägt zur Verwirklichung der Menschenrechte weltweit bei. Der Gleichberechtigung der Geschlechter und dem wirtschaftlichen “Empowerment” von Frauen und Jugendlichen kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang die Einbeziehung der informellen Wirtschaft, die in den meisten unserer Partnerländer 50 bis 80% der Bevölkerung (größtenteils Frauen) Einkommen und Beschäftigung gibt. Die Hürden zur Formalisierung müssen abgebaut werden, um Rechtssicherheit, den Ausbau des Finanzsystems und gesamtwirtschaftliches Wachstum, einschließlich der Generierung heimischer Ressourcen vorantreiben.³

Die Etablierung effizienter, transparenter und gerechter Steuersysteme in Entwicklungsländern ist ein weiterer wichtiger Aspekt wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Grundvoraussetzung für die Mobilisierung von einheimischen Ressourcen für Armutsreduzierung und nachhaltige Entwicklung. Sie begründen stärkere Legitimität staatlichen Handelns, eine höhere Identifizierung der Bürger mit ihrem Staat, und bewirken größere Unabhängigkeit von Entwicklungshilfe und anderen Auslandsleistungen. Die Steigerung von Effizienz und Transparenz der Systeme sowie der Steuergerechtigkeit hat dabei unmittelbar Auswirkungen auf das privatwirtschaftliche Engagement in den Entwicklungsländern. Zeit- und Kostenaufwand zur Erfüllung der Steuerpflicht werden verringert, Kalkulierbarkeit der Steuerlast präzisiert und vereinfacht, sowie Ausnahmeregelungen reduziert. Alle BMZ-Aktivitäten zur Unterstützung von Steuerreformen in Entwick-

lungsländern sind daher auch unter Wirtschaftsförderungs-Aspekten relevant. Dies betrifft insbesondere den International Tax Compact⁴ und die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), bilaterale Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Institutionen der Finanzverwaltung, sowie bilaterale Budgethilfemaßnahmen mit speziellen Steuerkomponenten.

2.3. ZUR ERSCHLIESSUNG NEUER MÄRKTE BEITRAGEN

Das BMZ zeigt Unternehmen neue Chancen für die Erschließung der Märkte in Entwicklungsländern auf und unterstützt dort, wo Chancen aufgrund von Entwicklungshemmnissen nicht genutzt werden können.

→ **Unterstützung und Beratung bei Investitionen in Entwicklungsländern durch die DEG**, um Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Projektentwicklung und der Risikoanalyse, bei der Prüfung von Businessplänen und der Zusammenstellung von Material für die genaue Planung und Strukturierung ihrer Vorhaben zur Seite zu stehen.

Die gemeinnützige DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH) finanziert auch langfristige Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Transformationsländern zu marktorientierten Konditionen. Sie unterstützt Unternehmen bei der Beurteilung lokaler Partner und informiert über zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten. Gemeinsam mit den Unternehmen bewertet sie das geplante Projekt und identifiziert Lösungen zur Risikominimierung, einschließlich menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Risiken. Deutschen Aus-

³ Vgl. BMZ Sektorkonzept Finanzsystementwicklung, 2004, www.bmz.de.

⁴ Siehe www.taxcompact.net

landsinvestoren steht so ein auf sie zugeschnittenes Instrumentarium zur Verfügung.

Die DEG begleitet auch lokale Unternehmen sowie Unternehmen aus Schwellenländern (Süd-Süd-Kooperation) bei ihrem Engagement in Entwicklungsländern. Sie legt grundsätzlich besonderes Augenmerk darauf, dass Investitionen positive Effekte für das Entwicklungsland haben und nachhaltig wirken.⁵

→ **Chancen nutzen in Märkten am unteren Ende der Einkommenspyramide (“Base of the Pyramid”, kurz BoP).⁶**

Das untere Ende der Einkommenspyramide umfasst weltweit 4 Milliarden Menschen und eine aggregierte Kaufkraft von 5.000 Mrd. US Dollar jährlich. Dieser Markt ist bisher noch wenig erschlossen, obwohl er große Chancen für Unternehmen aufzeigt.

Arme Einkommensschichten in Entwicklungsländern sollten als souveräne Kundengruppe anerkannt werden. Ein bekanntes Erfolgsbeispiel für innovative Geschäftsmodelle am unteren Ende der Einkommenspyramide sind Mikrokredite, die exemplarisch das Ziel des BMZ der Hilfe zur Selbsthilfe und freiheitlicher wirtschaftlicher Entfaltung darstellen.

Erste Erfahrungen mit Geschäftsmodellen in den BoP-Märkten zeigen aber auch, dass die Erschließung dieser Märkte keinesfalls einfach ist. Innovative Produktlösungen und Distributionsmodelle müssen entwickelt werden, um zum Beispiel die Transaktionskosten zu senken. Partnerschaften von BoP-Pionieren und der Entwicklungszu-

sammenarbeit sind ein zentraler Erfolgsfaktor. Denn es gilt, die kulturellen Gegebenheiten sowie die Ökonomie der Armen zu verstehen. Das BMZ bietet den Unternehmen Unterstützung bei der Analyse und Erschließung von armutsrelevanten innovativen Geschäftsmodellen am unteren Ende der Einkommenspyramide.

→ **Ausbau nachhaltiger Investitionen durch Bundesbürgschaften und -garantien in Schwellen- und Entwicklungsländern für deutsche Exporteure und Investoren, dort, wo der private Versicherungsmarkt die Risiken nicht übernimmt.**

Über Garantieanträge (oberhalb einer Routinegrenze) wird in den drei Interministeriellen Ausschüssen (IMA) für Exportkreditbürgschaften, Direktinvestitionsgarantien und Garantien für Ungebundene Finanzkredite entschieden.

Neben dem federführenden Wirtschaftsministerium (BMWi) sowie dem Finanzministerium (BMF) und dem Auswärtigen Amt (AA) ist auch das BMZ in den IMA vertreten.

Die Gewährung von Garantien/Bürgschaften setzt voraus, dass die einzelnen Vorhaben sowohl risikomäßig vertretbar, als auch förderungswürdig sind.

→ **Kammer- und Verbandpartnerschaften als Brückenkopf in neue Märkte nutzen.**

Kammern und Verbände sind eine wichtige Brücke zwischen Staat und Unternehmenssektor. In Kooperation mit deutschen Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie Wirtschaftsverbänden fördert das BMZ über das Kammer- und Verbandpartnerschaftsprogramm (KVP) ebensolche Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern.

⁵ Siehe Geschäftspolitisches Projektrating (GPR) auf www.deginvest.de.

⁶ Vgl. BMZ Diskussionspapier “Geschäfte für Entwicklung – Bewertung des BoP-Ansatzes aus entwicklungspolitischer Perspektive“, September 2009, www.bmz.de.

2.4. DIREKTEN DIALOG UND KOOPERATION MIT DER WIRTSCHAFT INTENSIVIEREN

Das BMZ strebt einen verbesserten Informationsaustausch und eine intensivierte Kooperation zwischen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und der Wirtschaft an. Informierte Unternehmer und Unternehmerinnen können Investitionen gezielter tätigen und so lokale Beschäftigungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung von internationalen Arbeits- und Sozialstandards schaffen.

Die Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten, wie etwa der Einhaltung internationaler Umweltstandards, der Transfer von Wissen und technologischem Know-how oder soziale Investitionen in Bildung und Gesundheit sind dabei wichtige Elemente unternehmerischen Engagements für Nachhaltigkeit und Entwicklung (CSR). Das BMZ möchte hierbei noch stärker unterstützen und eine Reihe wichtiger Serviceangebote und Informationskanäle für Wirtschaftsakteure im In- und Ausland ausbauen und schaffen:

- **Einrichtung einer neuen Servicestelle für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft** als neue zentrale Anlaufstelle, um Verbänden und Unternehmen unkompliziert und unbürokratisch beratend zur Seite zu stehen (E-Mail: wirtschaftkontakt@bmz.bund.de, Tel: 0228 - 535 - 3131). Informationen rund um die Angebote für die Wirtschaft werden so im direkten Kontakt vermittelt.
- **Entsendung von EZ-Verbindungsreferenten in die verfasste Wirtschaft ("EZ-Scouts")**, um deutsche Unternehmen für entwicklungspolitisch sinnvolle Investitionen in unseren Partnerländern zu begeistern, sowie die Unternehmen über das zur Verfügung stehende Instrumentarium zur Flankierung, Finanzierung und Sicherung von Investitionen zu informieren.

Dabei geht es um Investitions- und Geschäftsanreize für Unternehmen mit dem Ziel positive entwicklungspolitische Wirkungen in unseren Partnerländern zu erreichen. Die ersten EZ-Scouts haben Anfang 2011 ihre Arbeit aufgenommen.

- **Konsultationen und Informationsaustausch mit der Wirtschaft vertiefen**, um eine Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zu erreichen. Hierzu arbeiten wir intensiv mit dem Global Compact der Vereinten Nationen, bzw. mit dem Deutschen Global Compact Netzwerk zusammen, über das wir u.a. die Umsetzung freiwilliger Initiativen und Verhaltenskodizes fördern. Darüber hinaus wurde beispielsweise mit dem BDI vereinbart, in Sektordialogen Chancen und Herausforderungen für ein verstärktes Engagement von Unternehmen aus spezifischen Branchen zu diskutieren. Über hochrangige Wirtschaftsveranstaltungen in verschiedenen Bundesländern und in Kooperation mit den jeweiligen regionalen Handelskammern wollen wir den deutschen Mittelstand für ein Engagement in Entwicklungs- und Schwellenländern sensibilisieren und motivieren.
- Ein intensiverer Dialog lässt sich auch bei der Erstellung und Verbreitung von Länderinformationen, Informationen zu Ausschreibungen und Geschäftskontakten (Business to Business) schnell erzielen. Hierzu wird auch die **Kooperation mit den deutschen Auslandshandelskammern (AHK)** vertieft und institutionalisiert. Dabei bauen wir auf Erfahrungen aus bisher über 100 Kooperationen zwischen AHK und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf. Mittels CIM-Experten werden ausgewählte AHKs personell verstärkt und die konkrete Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in unseren Partnerländern intensiviert.

→ **Förderung unternehmerischer Verantwortung (CSR),⁷** durch Stärkung der staatlichen Rahmenbedingungen für entwicklungsförderliches unternehmerisches Handeln, Förderung privatwirtschaftlichen Engagements für nachhaltige Entwicklung (z.B. über das develoPPP.de Programm des BMZ) und Verbesserung der Voraussetzungen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft – in Deutschland wie in den Partnerländern. Hierfür haben sich Dialogforen wie zum Beispiel der Global Compact mit seinen nationalen Netzwerken oder Fachgespräche in unseren Partnerländern unter Einbezug der deutschen Wirtschaft bewährt.

2.5. NEUE INSTRUMENTE ZUR EINBINDUNG DER WIRTSCHAFT VORANBRINGEN UND INNOVATIONSSYSTEME VOR ORT STÄRKEN

Wir möchten die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, für mehr verantwortungsvolles Engagement in Entwicklungsländern gewinnen und die lokale Wirtschaft dazu befähigen, einen größeren Beitrag für eine eigenverantwortliche nachhaltige Entwicklung zu leisten. Das BMZ wird deshalb neue Instrumentarien für eine bessere Einbindung der lokalen und internationalen, explizit aber auch der deutschen Wirtschaft in die Entwicklungspolitik erarbeiten. Komplementär werden wir zur Stärkung der Innovationsfähigkeit vor Ort beitragen, um die Voraussetzungen für die Entwicklung lokaler, an den Markt angepasster Lösungen zu befördern. Dadurch kann das volle Potenzial der innovativen Ansätze für Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung in Partnerländern genutzt werden.

→ **Weiterentwicklung des DeveloPPP.de-Programms** zur engeren Verzahnung von Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit durch eine projektbezogene Kooperation zwischen Unternehmen und EZ im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften. Ziel dieser Entwicklungspartnerschaften ist es, die Privatwirtschaft in die nachhaltige Verwirklichung entwicklungspolitischer Ziele einzubinden. Im Rahmen von Ideenwettbewerben wird das Engagement der Privatwirtschaft in entwicklungspolitisch wichtigen Sektoren unterstützt. Künftig soll das Programm develoPPP.de noch mittelstandsfreundlicher gestaltet werden. Ablauf, Termine und aktuelle entwicklungspolitische Themensetzung sind unter www.develoPPP.de zu finden.

→ **Entwicklung und Ausbau zusätzlicher Kooperations- und Investitionsmodelle mit der Wirtschaft**, z.B. sektorspezifische Kooperationsmodelle, wie die bestehende German Water Partnership oder die Gesundheitsinitiative in Partnerschaft mit dem BDI. Ein weiteres wichtiges Element können entwicklungspolitische Investmentfonds sein.

Das BMZ lädt Investoren ein sich über solche Fonds an entwicklungspolitisch sinnvollen Investitionen zu beteiligen. Ein Beispiel hierfür sind Mikrofinanz- oder Mikroversicherungsfonds, die verantwortungsvoll und nachhaltig in den Finanzsektor in Entwicklungsländern investieren. Das BMZ arbeitet an Lösungen, um künftig mehr privaten Investoren Möglichkeiten für eine sinnvolle Beteiligung an solchen Maßnahmen zu bieten. Durch derartige Fonds können auch signifikante Anknüpfungspunkte für weitere entwicklungspolitisch und betriebswirtschaftlich sinnvolle Projekte in unseren Partnerländern entstehen.

→ **Förderung kleinvolumiger Projekte deutscher Mittelständler.** Entwicklungspolitisch

⁷ Vgl. BMZ Strategiepapier "Unternehmerische Verantwortung aus entwicklungspolitischer Perspektive", September 2009, www.bmz.de.

sinnvolle kleinvolumige Auslandsinvestitionen deutscher mittelständischer Unternehmen haben z. Z. nur geringe Chancen für eine Finanzierung durch die DEG oder durch Geschäftsbanken.

Grund ist, dass die Kosten des im Verhältnis zur Investition häufig höheren Beratungs- und Prüfungsaufwands vom Unternehmen nicht vollumfänglich getragen werden können.

Die Bundesregierung wird diese Lücke zukünftig schließen und die Beratung von entwicklungspolitisch sinnvollen Investitionsprojekten in unseren Partnerländern durch die DEG finanziell unterstützen. Diese Maßnahme soll vor allem mittelständischen Firmen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern investieren zu Gute kommen.

- **Machbarkeitsstudien** sind Voraussetzung für risikoreiche Investitionen in innovative Geschäftsmodelle für Entwicklung. Das werden wir durch Übernahme von Teilrisiken unterstützen. Bei erfolgreicher Einführung in den Markt, können diese Innovationen einen signifikanten und kreativen Beitrag zur Lösung von Problemen in Entwicklungs- und Schwellenländern leisten (z.B. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserversorgung oder Abfallmanagement).
- **Stärkung der Innovationssysteme in Partnerländern.** Durch die Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Unternehmen werden nicht nur Ressourcen sondern auch Wissen, Technologien und innovative Ansätze für Entwicklungsländer mobilisiert. Um die volle Wirkung dieser Instrumente und Ansätze für Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung auszuschöpfen, müssen aber auch die Kapazitäten der lokalen Unternehmen und Partnerinstitutionen gestärkt werden. Das BMZ trägt daher zur Innovations- und Technologieförderung auf Unternehmensebene, sowie zur Stär-

kung von Innovationssystemen und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen in Partnerländern bei.

- **Zusammenarbeit von Wirtschaft und Zivilgesellschaft verbessern,** durch eine Stärkung des Dialogs zwischen den beiden Akteuren sowohl in Deutschland wie in den Partnerländern. Im Mittelpunkt steht dabei der Diskurs über Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation von Wirtschaft und Zivilgesellschaft inklusive der "watch-dog" Funktion der Zivilgesellschaft gegenüber Unternehmen. International spielen Partnerschaften zwischen Firmen und Nicht-Regierungsorganisationen eine ebenso bedeutende Rolle, wie ein Blick in die CSR-Berichte internationaler Unternehmen zeigt. Nach dem strukturellen Vorbild von Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (develoPPP.de) sollen zukünftig gezielt solche Partnerschaften unterstützt werden.
- **Kooperation mit unternehmensnahen Stiftungen ausbauen,** um Ressourcen für Entwicklungsländer zu mobilisieren. In Deutschland existieren Schätzungen zufolge ca. 1.500 dieser "unternehmensnahen Stiftungen". Diese Stiftungen behandeln (in Abhängigkeit von der Branche des Unternehmens) eine Vielzahl entwicklungspolitisch relevanter Themen wie z.B. die Bekämpfung und Anpassung an den Klimawandel, soziale Sicherung, Bildung und Weiterbildung, CSR, internationale Migration sowie Katastrophenvorsorge. Die wenigsten dieser Stiftungen sind jedoch bisher international tätig. Das BMZ arbeitet bereits mit einigen internationalen und deutschen unternehmensnahen Stiftungen zusammen (z.B. Bill & Melinda Gates Foundation, Bertelsmann Stiftung, Aid by Trade Foundation); der Dialog und die Zusammenarbeit kann und sollte aber noch ausgebaut werden. Wir streben an, die Po-

tentiale deutscher Stiftungen für eine stärkere entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu mobilisieren und werden mit diesem Ziel Pilotmaßnahmen vorantreiben.

→ **Zusammenarbeit im Rohstoffsektor intensivieren:** Die Nutzung von Rohstoffeinnahmen in rohstoffreichen Entwicklungsländern bietet ein erhebliches Potential für deren nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Die Einkünfte aus dem Rohstoffsektor können Ländern zum Wohlstand verhelfen, sofern sie über die geeigneten Rahmenbedingungen verfügen. Damit können sich Win-Win-Situationen für das betreffende Produktionsland hinsichtlich seiner Einnahmenentwicklung und für Deutschland hinsichtlich einer international verbesserten Rohstoffversorgung ergeben.

Mit der Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom Oktober 2010 wurde das Konzept der Rohstoffpartnerschaften eingeführt. In ausgewählten rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern soll die deutsche Industrie in ihrem Engagement im Rohstoffsektor außenpolitisch durch das AA, entwicklungspolitisch durch das BMZ und mit dem Einsatz der bekannten Investitionsschutzinstrumente des BMWi flankiert werden.

Die entwicklungspolitischen Konzepte für den Rohstoffsektor sind im Entwicklungspolitischen Strategiepapier Extraktive Rohstoffe festgehalten. Sie folgen dem Ziel, die wirtschaftlichen Entwicklungschancen, die sich aus dem Rohstoffreichtum ergeben, besser als bisher für eine nachhaltige Entwicklung zum Wohl der lokalen Bevölkerung zu nutzen.

Dazu fördert die EZ den

- (1) Aufbau leistungsfähiger Strukturen im Rohstoffsektor,
- (2) die Förderung einer effizienten Ressourcennutzung,

- (3) die Etablierung hoher Umwelt- und Sozialstandards und insbesondere
- (4) die Bekämpfung von Korruption und Förderung von Transparenz der Finanz- und Warenströme⁸, insbesondere dort, wo Rohstoffe im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten stehen.

Die deutsche Unterstützung für die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ist in diesem Zusammenhang als wichtiger Beitrag für mehr Transparenz und gute Regierungsführung im Rohstoffsektor zu nennen: Neben der Beteiligung des Privatsektors an der Umsetzung der EITI in rohstoffreichen Ländern setzen wir uns gemeinsam mit BMWi, BDI und dem internationalen EITI Sekretariat für die Unterstützung der Initiative durch deutsche Unternehmen ein. Stabile wirtschaftliche, soziale und ökologische Rahmenbedingungen wie auch transparente Finanzströme und Handelsketten tragen zu verbesserten Investitionsbedingungen bei. Dies öffnet Möglichkeiten für deutsche und europäische Unternehmen, ihrerseits zu investieren und einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Produktionsländer zu leisten.

2.6. FACHKRÄFTE FÜR DIE WIRTSCHAFT GEZIELT AUS- UND FORTBILDEN, WISSEN UND KNOW-HOW TRANSFERIEREN

Die Faktoren Wissen, Bildung und Ausbildung gewinnen immer mehr an Bedeutung, für den einzelnen Unternehmenserfolg ebenso wie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Tra-

⁸ Rohstoffe können der Finanzierung bewaffneter Konflikte dienen. Die Transparenz über die Herkunft dieser Rohstoffe, wie zum Beispiel Coltan, kann einen großen Beitrag zur Eindämmung der Konflikte leisten. Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt daher den Aufbau transparenter Handelsketten bei mineralischen Rohstoffen unter Verwendung innovativer Methoden für den Herkunftsnachweis (Fingerprinting).

ditionelle Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit, wie niedrige Lohnkosten oder der Zugang zu Kapital und Rohstoffen, verlieren durch die zunehmende Arbeitsmobilität, das Zusammenwachsen der Finanzmärkte sowie den Abbau von Handelshemmnissen zunehmend an Gewicht. Im Gegenzug werden Wissen, der Zugang dazu und seine Umsetzung in innovative Produkte, Prozesse und Dienstleistungen, zu einem zentralen Wettbewerbsfaktor in einer globalen Wirtschaft. Innovationen sind bereits in vielen Märkten und Branchen unabdingbar, um Wettbewerbsvorteile aufzubauen oder zu erhalten.

Dies gilt auch für Märkte in Entwicklungsländern. Das BMZ fördert daher die Entwicklung von Innovationssystemen, bedarfsgerechten Forschungseinrichtungen vor Ort und die Ausbildung von Fachkräften über umfassende Bildungssysteme:

→ **Auf- und Ausbau beruflicher Bildungssysteme:** Jedes Land ist auf qualifizierte Facharbeiter angewiesen, um eine selbsttragende und breitenwirksame wirtschaftliche Entwicklung zu entfalten. Die Förderung der Beruflichen Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit zielt primär auf die Entwicklung von praxisorientierten, an den Bedarf der Wirtschaft angepassten Berufsbildungssystemen ab.

Dabei orientiert man sich an den erfolgreichen Schlüsselmerkmalen der dualen Berufsausbildung in Deutschland, die je nach Partnerland bedarfsgerecht angepasst werden. Die Schlüsselemente der deutschen Berufsausbildung lauten zusammengefasst: enge Kooperation von Staat und Wirtschaft, Lernen am Arbeitsplatz, gesellschaftliche Akzeptanz allgemeinverbindlicher Standards, Qualifizierung von Berufsbildungspersonal und die institutionalisierte Berufsbildungsforschung.

Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Aufbau und die Ausstattung von Berufsschulen und Technologiekompetenzzentren, der Ent-

wicklung von nachhaltig wirksamen Finanzierungsmodellen, der institutionellen Vernetzung von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage sowie der Unterstützung beim Dialog zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

→ **Förderung der Tertiärbildung:** Hochschulbildung, Wissenschaft und Forschung können zur Förderung von Innovation, Technologietransfer und zur Dynamisierung des Privatsektors beitragen. Bereits im Studienverlauf kann die unternehmerische Perspektive verankert werden (“entrepreneurship education”).

Die Stärkung von Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen fördert Innovationssysteme und trägt zur Schaffung und Sicherung von Beschäftigung und Einkommen bei.

In Partnerschaft mit dem Deutschen Akademischen Auslands Dienst (DAAD) verbessert die deutsche EZ die Qualität in Hochschulausbildung und –management und fördert Hochschul- und Wissenschaftskooperationen sowie Netzwerke.

Dabei entwickeln wir Praxispartnerschaften zwischen Unternehmen und Hochschulen jeweils in Deutschland und in unseren Partnerländern, um Praxis- und Bedarfsorientierte Ausbildung in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern.

→ **Ausbau von Schnittstellen zwischen Forschungseinrichtungen, Fachkräften und Wirtschaftspartnern:** Wissens- und Technologietransfer zwischen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmenssektor steigern nicht nur Innovations- und Technologiekompetenz, sondern erhöhen auch die Nachfrage nach wissens- und technologieintensiven Produkten und Prozessen u.a. auch aus Deutschland. Innovative Unternehmer dienen oftmals als “Wissensbroker” und sind wichtige Akteure bei der Verbreitung wichtiger Kompetenzen. Unternehmer tragen auch die Verantwortung diese

Rolle stärker für Entwicklung und Armutsreduktion in Wert zu setzen.

- **Langjährige Erfahrungen in Entwicklungsprozesse einbringen über den Senior Experten Service (SES)**, zur praxisorientierten Unterstützung bei der Lösung technischer und/oder betrieblicher/organisatorischer Probleme, vor allem in kleineren und mittleren Unternehmen, sowie in Einrichtungen der Berufsbildung und des Gesundheitswesens. Über die Entwicklungszusammenarbeit werden Einsätze von aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedenen Fachkräften, die unentgeltlich ihre berufliche Erfahrung in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, unterstützt. Dieses Instrument wird künftig gerade auch aufgrund der Altersstruktur in Deutschland mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.
- **Praxisorientierte Trainings für Manager aus Entwicklungsländern und Vermittlung von Geschäftskontakten** ermöglicht das von der GIZ (ehemaligen InWEnt) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) sehr erfolgreich ausgeführte "Managerfortbildungsprogramm",

welches wir in Abstimmung mit dem BMWi und mit den entwicklungspolitisch notwendigen Anpassungen nun auch in ausgewählten Entwicklungsländern durchführen werden. Ziel ist es, lokale Fachkräfte aus der Wirtschaft mit Marktbedingungen in Deutschland vertraut zu machen und in neuen Management-Methoden auszubilden. Dadurch entstehen Kontakte zu neuen Märkten und Partnern für die beteiligten Akteure in Deutschland und unseren Partnerländern. Mit seinem partnerschaftlichen Ansatz ist das Programm somit gleichermaßen attraktiv für Entwicklungsländer und die deutsche Wirtschaft. In ausgewählten Ländern wird 2011 ein Programmpilot gestartet.

- **Kompetenzen der Menschen mit Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit in Wert setzen:** Das Engagement und die besonderen Erfahrungen, die Menschen in vielfacher Weise im Rahmen von Tätigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit gesammelt haben, sollten stärker genutzt und gefördert werden. Gerade diese Persönlichkeiten sind besonders geeignet, wichtige Funktionen in der Wirtschaft wahrzunehmen.

3. Unternehmen für mehr Verantwortung – Jetzt!

Engagement für eine global nachhaltige Entwicklung im Sinne des entwicklungspolitischen Ansatzes des BMZ ist längst nicht mehr Ausdruck schlichten “Gut-Mensch-Seins”. Neben der individuellen Verantwortung eines jeden Mitglieds der Gesellschaft ist die Wahrnehmung unternehmerischer Verantwortung auch betriebswirtschaftlich zunehmend wichtig und gewinnbringend:

So achten Verbraucher in Deutschland und überall auf der Welt immer häufiger darauf, dass die von ihnen gekauften Waren unter fairen Arbeitsverhältnissen und umweltschonenden Prozessen produziert werden. Deutsche Unternehmen erkennen dies zunehmend und nutzen ihre Handlungs-

spielräume für nachhaltige Produktionsprozesse als Kernelement ihrer langfristigen Wettbewerbsstrategie.

Das BMZ sieht sich als Partner der Wirtschaft für mehr wertorientiertes Engagement in Entwicklungsländern und die Übernahme größerer unternehmerischer Verantwortung. Wir stehen Unternehmen vor Ort, international und aus Deutschland, gerade auch dem Mittelstand, zur Seite, wenn wir gemeinsam einen weiteren Schritt zu einer global nachhaltigen Entwicklung und damit zur Reduktion von Armut in Entwicklungsländern machen können.

4. Kontakt zum BMZ und weitere Anlaufstellen

Antworten auf Fragen und Hinweise auf Kooperationsmöglichkeiten gibt das BMZ durch die neue Servicestelle Wirtschaft:

Wirtschaft-kontakt@bmz.bund.de

Telefon 0228 - 535 - 3131

→ Einen allgemeinen Überblick und Grundsatzdokumente zu Entwicklungspolitik und Wirtschaft sind auf der neu gestalteten BMZ Website zu finden unter www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/index.html

→ Weitere Informationen zu den Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften bietet die Internetseite www.develoPPP.de

INFORMATIONSTELLEN BEI DEN DURCHFÜHRUNGSORGANISATIONEN DES BMZ:

→ KfW Entwicklungsbank
Palmengartenstraße 5 – 9
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069 - 74 31 - 42 60
Telefax: 069 - 74 31 - 33 63
E-Mail: info@kfw-Entwicklungsbank.de
Internet: www.kfw-entwicklungsbank.de

→ DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Postfach 10 09 61
50449 Köln
Telefon: 0221 - 4986 - 0
Telefax: 0221 - 4986 - 1290
E-mail: info@deginvest.de
Internet: www.deginvest.de

→ GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Telefon: 0228 - 4460 - 0

Telefax: 0228 - 4460 - 1766

E-mail: info@giz.de

Internet: www.giz.de

→ SES – Senior Experten Service
Postfach 2262
53012 Bonn
Telefon: 0228 - 26090 - 0
Telefax: 0228 - 26090 - 77
E-mail: ses@ses-bonn.de
Internet: www.ses-bonn.de

→ Sequa gGmbH
Alexanderstrasse 10
53111 Bonn
Telefon: 0228 - 98238 - 0
Telefax: 0228 - 98238 - 19
E-mail: info@sequa.de
Internet: www.sequa.de

WEITERE ANLAUFSTELLEN UND INFORMATIONEN ZUM THEMA CSR IM INTERNET:

→ Das deutsche Global Compact Netzwerk ist eine gute Anlaufstelle für Unternehmen, die an CSR und einem verantwortungsvollen Engagement im Ausland interessiert sind:

www.globalcompact.de

→ Spezifische Informationen zu CSR Themen können sie finden unter www.csr-weltweit.de

→ Korruptionsbekämpfung:
www.business-anti-corruption.com

ZUSÄTZLICHE INTERESSANTE INFORMATIONENANGEBOTE:

→ Extractive Industries Transparency Initiative (EITI): <http://eiti.org>

→ International Tax Compact (ITC):
www.taxcompact.net

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Redaktion

BMZ, Referat Zusammenarbeit mit der Wirtschaft; Servicestelle sowie Referat Wirtschaftspolitik; Finanzsektor

Gestaltung

BLOCK DESIGN Kommunikation & Werbung, Berlin

Stand

April 2011

Postanschriften der Dienstsitze

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0
Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500

BMZ Berlin | im Europahaus
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0
Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de